

09.11.2012

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS  
MATTFELDT MdB**  
VERDEN – OSTERHOLZ

# BUNDESTAG AKTUELL

*Liebe Freunde,*

die Bundesregierung hat 2011 zugesagt, die Kommunen deutlich stärker als bisher finanziell zu unterstützen und zu entlasten. Wir halten Wort: Mit dem in dieser Woche zur Entscheidung anstehenden Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, das die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung regelt, übernimmt der Bund ab dem Jahr 2014 die vollen Kosten für die Grundsicherung. Bereits im Jahr 2013 erhöht sich der Anteil des Bundes von jetzt 45 auf 75 Prozent der Nettoausgaben in diesem Bereich. Da der Bundesanteil auf mehr als 50 Prozent der Kosten steigt, tritt die Bundesauftragsverwaltung ein, die diese Gesetzesänderung notwendig macht. Die Neuregelung der Grundsicherung ist der letzte Schritt hin zur Erfüllung der Zusage der von uns getragenen Bundesregierung, deren Umsetzung die Kommunen bis 2020 von Kosten in Höhe von ca. 50 Milliarden Euro befreit. Für die Union ist die Entlastung der Kommunen eine Herzensangelegenheit.

Wir wissen um die Sorgen vor Ort. Unser Gesetz schafft die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik. Es macht eben doch einen Unterschied, ob das Land christlich-liberal oder von zentralistischen und weniger kommunalfreundlichen Kräften geführt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

## Kita-Ausbau

Anfang dieser Woche habe ich gemeinsam mit dem Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Lutz Stroppe, mit den Ländern über den Kinderbetreuungsausbau verhandelt. Die Länder, allen voran Mecklenburg-Vorpommern, haben in den vergangenen Wochen Kristina Schröder vorgeworfen, dass sie mit den von ihr aufgestellten Konditionen für die erneut vom Bund bereitgestellten Gelder in Höhe von 580,5 Mio. Euro den Ausbau be- wenn nicht gar verhindern wolle. Das ist gerade vor dem Hintergrund, dass die Kinderbetreuung originärste Aufgabe von Ländern und Kommunen ist und der Bund dennoch erneut Gelder dafür bereitstellt, ein ungeheurer Vorwurf.

Die Ländern wollen das Geld nicht nur ohne Bedingungen vom Bund ausgezahlt bekommen, sondern vor allem wollen sie Zuschüsse zu den Betriebskosten für Kindergärten, die noch gar nicht gebaut sind. Derartige Forderungen erinnern mich stark an griechische Verhältnisse.

Zu guter letzt haben die Bundesländer aber doch der für 2013 und 2014 reduzierten Zuschüsse zu den Betriebskosten zugestimmt. Die volle Höhe von 75 Mio. Euro pro Jahr an Zuschüssen vom Bund für die Betriebskosten wird erst ab 2015 notwendig sein, weil erst dann die entsprechenden Kitas gebaut sind.



**Büro Berlin:**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Redaktion Tatjana Range

**Telefon:** 030 - 22 77 13 22  
**E-Mail:** andreas.mattfeldt@bundestag.de  
**Internet:** www.andreas-mattfeldt.de